

Seit der Regierungsübernahme durch Viktor Orbán und seine Partei Fidesz 2010 werden in Ungarn staatliche Kulturorgane sukzessive den parteipolitischen und daher nationalistischen Interessen untergeordnet. Zu den rechten Strategien zählen die Neubesetzung der Direktionen sämtlicher Institutionen, die Zentralisierung etwa mittels der Akademie der Künste, die die Vergabe von Geldern regelt, und die Gründung des Nationalen Kulturrats mit dem Ziel, gemeinsam die «nationale Kultur zu bewahren und die nationale Identität zu stärken».¹ Seit 2018 spricht Orbán außerdem von einem «Kulturkampf» (kulturharc), ein Begriff, der die Bedeutung der Kultur für seine politische Agenda verdeutlicht und kulturpolitische Interessen wie die Förderung historischer ungarischer und nationalistischer Kunst mit rechten Inhalten, wie der Anti-Immigrationspolitik oder rassistischen Ressentiments gegenüber Geflüchteten, vermengt. Das sind aber nur ein paar Beispiele.

Wie genau hat sich die Kulturpolitik in Ungarn verändert, seit Orbán das Land regiert?

M. M.: Die Orbán-Regierung verfolgt eine illiberale, neurechte und identitäre, antiemanzipatorische, gegenmoderne und wissenschaftsfeindliche Politik. Die frühere völkisch-nationale Ideologie der ersten Legislaturperiode (1998–2002), in der es um «Volk» und «Nation» im abstammungsorientierten, gentilistischen Sinne ging, weitete sich ab 2010 in eine transnationale Sicht mit einer imperialen Perspektive aus. Letztere ist missionarisch, richtet sich also sowohl nach innen als auch nach außen auf die Vision einer neuen Weltordnung. Konkret kann dies daran festgemacht werden, dass die Regierung eine Politik praktiziert, die man kurz mit dem Begriff «Hinwendung zum Osten», zum eurasischen Kultur- und Wirtschaftsraum, charakterisieren könnte. Der so genannte (Neo-)Eurasianismus ist ein seit dem 19. Jahrhundert immer wieder aufflammendes ideologisches Konzept, das die eurasischen Ursprünge des Volkstums, in diesem Fall des Magyarentums, betont. Wichtigste Charakteristika dieser Ideologie sind der Hinweis oder besser der Glaube an eine primordiale (vorchristliche) philosophische Tradition von «Urvölkern» und die Annahme, dass die vermeintlichen Urahnen bestimmter Völker, auch die der Magyaren, darin einen vornehmen Platz eingenommen hätten, weshalb sie heute berechtigt seien, Teil der neuen Weltordnung zu sein und an dieser zu arbeiten. Die Identitätstheorien der Orbán-Regierung rekurrieren dezidiert auf diese politische Theologie, die in der Doppelmonarchie um die Wende zum 20. Jahrhundert entwickelt und in der Zwischenkriegszeit zur Spitze getrieben wurde, und sind explizit darauf ausgerichtet, die Kultur des Landes in diesem Sinne zu hegemonisieren.

Die kulturelle Hegemonisierung wird in Etappen durchgeführt. Die meisten kultur-, medien- und bildungspolitischen Richtlinien der neuen «patriotischen» (neurechten) Kulturpolitik wurden bereits 2011 niedergelegt.² Die jeweiligen Belegschaften von Ämtern und Behörden wurden personell angepasst, so dass vor allem Kolleg*innen mit liberaler Position entfernt oder zum Austritt gezwungen wurden. Menschen mit neuer «patriotischer» (neurechter) Einstellung oder «Gesinnung», ja zum Teil ehemalige Rechtsradikale, wurden in Führungspositionen berufen. Ein eklatantes Beispiel dafür war 2011 die Ernennung des Journalisten und Gründungsmitglieds der 2003 etablierten rechtsradikalen Partei Jobbik, Dániel Papp, zum verantwortlichen Direktor für Nachrichteninhalte beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen und später zum Generaldirektor von MTVA, der staatlichen Organisation für Medien und Kommunikation.

2012 trat das neue Grundgesetz in Kraft, dessen Präambel die so genannte «historische Verfassung» erwähnt, an anderer Stelle auch «tausendjährige Verfassung» genannt, die die Republik Ungarn in Ungarn beziehungsweise Magyarenland umbenennt und zum «tausendjährigen Reich» überhöht.³ Dabei handelt es sich um eine Sammlung älterer Gesetzestexte, Chroniken und schriftlich oder mündlich überlieferter Legenden ungarischer Kulturgeschichte, in der die eurasische Abstammungstheorie vertreten wird. Es geht also um Mythen des skythischen (eurasischen) und turanischen (altpersischen) Ahnenkults, die aber nicht etwa in Märchenbüchern, sondern an der wichtigsten Stelle des höchsten Gesetzes Ungarns stehen und mit denen die konkrete Gesetzgebung sogar im Einklang erfolgen muss.⁴ In Regierungspublikationen wird betont, dass die «historische Verfassung» für die Selbstidentität des Landes von elementarer Bedeutung sei.⁵ Während das Grundgesetz den rationalen Verstand der EU anspreche, sei die «tausendjährige historische Verfassung» eine Herzensangelegenheit der Selbstidentität.⁶

In deren Sinne wurden in den vergangenen zwölf Jahren alle Grenzschilder, zahllose Straßen und Plätze umbenannt, Denkmäler entfernt, neue geschaffen und der öffentliche Raum in Anlehnung an den Irredentismus der Zwischenkriegszeit umgestaltet. Der Irredentismus ist ebenfalls im Grundgesetz erwähnt, weil dessen Präambel den Titel «Nationales Glaubensbekenntnis» trägt.⁷ Dieser Titel wurde von einem 1920 unmittelbar nach Abschluss des Vertrages von Versailles/Trianon entstandenen irredentistischen Gedicht einer führenden Theosophin übernommen, die zusammenfasste, was viele in der Zeit dachten, nämlich dass die Magyaren Teil des «kosmisch-göttlichen Plans» mit dem Ziel der Erlösung der ganzen Menschheit seien.⁸ Die Vorstellung einer metaphysisch-aufgeladenen «allmagyarischen Weltnation» wird von der Regierung immer wieder kommuniziert, und in diesem Sinne richten sich ihre Identitäts- und Kulturpolitiken auch nach außen. Zugleich wurden 2014 die sogenannte illiberale Wende und die Abkehr von westlichen Werten deklariert und 2018 der «Kulturkampf» gegen die offene Gesellschaft samt der «Erneuerung Europas» verkündet.⁹ 2019 wurde der Nationale Kulturrat gegründet für die Bereiche Theater, darstellende und visuelle Kunst, öffentliche Sammlungen und Gedenkpolitik, traditionelle Volkskunst und öffentliche Bildungspolitik, in deren Führungspositionen regierungnahe Fachbereichsleiter*innen ernannt wurden.

Zugleich wurde die Wissenschaftsfreiheit stark beschnitten. 2020 verabschiedete die Orbán-Regierung ein Gesetz, das festschreibt, dass das bei der Geburt festgelegte biologische Geschlecht in Zukunft unveränderbar sei, hinter dem die in der Regierungsideologie tief verankerte Ablehnung der sozialen und kulturellen

Geschlechtskategorie Gender steht. Mit der Begründung, dass Gendertheorien die biologische Abstammung negieren würden, wurde an den Universitäten landesweit das Fach Gender Studies verboten, mit der Folge, dass die renommierte Central European University, die sich dezidiert den Werten der offenen Gesellschaft verpflichtet, das Land verlassen und nach Wien umsiedeln musste. 2020 wurde zudem die gesamte universitäre Landschaft umgestaltet, indem etlichen Universitäten die Rechtsform «Stiftung» verliehen wurde, um die Ideologie der derzeitigen Regierung langfristig in die akademische Praxis einzuschreiben, auch für den Fall, dass sie nicht an der Macht bleiben sollte. In der Form einer Stiftung werden die Universitäten zwar weiterhin vom Staat finanziert, jedoch dem öffentlichen Zugriff entzogen, indem ihre Arbeit fortan einzig dem gemeinnützigen Stiftungsrecht für öffentliche Aufgaben und dem in der jeweiligen Gründungsurkunde bestimmten stifterischen Willen sowie dem Stiftungszweck unterliegt.¹⁰ Die universitären Stiftungskuratorien sind mit regierungsnahen Mitgliedern besetzt und deren Posten mit langfristigen Verträgen gesichert. Ebenso betroffen von dem neuen politischen Diktum ist die Schulbildung, indem der neurechte Literaturhistoriker Mihály Takaró zum Beauftragten der «patriotischen Umgestaltung» der schulischen Inhalte und der Umbildung des lehrenden Personals ernannt wurde.

Die Gedenkpolitik wurde ebenfalls der identitären Ideologie angepasst und verfälscht, indem zum Beispiel die Topoi «Trianon / Versailles» und «Holocaust» miteinander gleichgesetzt werden, so dass in einer Täter-Opfer-Umkehrung die «Magyaren» als unschuldige Opfer erscheinen. Die kulturelle Erinnerung beflügelt den nationalen Opfermythos und geht mit Geschichtsrevisionismus und Holocaustrelativierung einher. Der Direktor des von der Regierung geförderten, 2014 eröffneten Instituts für Geschichtsforschung *Veritas* leugnet die ungarische Verantwortung im Holocaust und die Entrechtung von Jüdinnen und Juden in Ungarn zwischen den beiden Weltkriegen unter dem Reichsverweser und Hitler-Verbündeten Nikolaus von Horthy (1868–1957). Das international bekannte kritische Institut für die Erforschung der 1956er Revolution wurde hingegen ebenso geschlossen wie das international berühmte Lukács-Archiv. In monumentalen historischen Filmen, in den Medien, in Ausstellungen und im öffentlichen Raum werden stattdessen die heroische Vergangenheit und die primordiale Herkunft des Volkstums der Magyaren propagiert, etwa mit mythischen Tierskulpturen wie dem Turul-Greif oder dem Wunderhirsch, die in der «tausendjährigen historischen Verfassung» erwähnt werden, während staatliche Institutionen die Geschichte mit Phantomthesen etwa über die direkte Abstammung der Magyaren von den Hunnen verfälschen.¹¹

Was genau ist derzeit eigentlich gemeint, wenn von staatlicher Seite aus von «Kultur» die Rede ist?

Unter Kultur versteht die Orbán-Regierung die Vision einer völkischen Harmonie, in der das Magyarentum als blutmäßige und kulturelle Abstammungsgemeinschaft, also als eine «allmagyarische Weltnation» heroisiert wird. Die Blutgemeinschaft und auch die «Rassenreinheit» werden immer wieder betont, wobei klar ist, dass es hierbei nicht um eine biologische, sondern um eine moralische Kategorie geht, um ein Glaubensbekenntnis oder eine diesseitige Religion oder, besser gesagt, um einen neuheidnischen Spiritualismus. Kulturpolitik ist in diesem Fall Identitätspolitik (Symbolpolitik), und die deklarierte Absicht der Regierung ist es, die Gesellschaft mit Kultur völkisch zu spiritualisieren.¹² Kultur hat nach ihrem Verständnis die Aufgabe,

den Patriotismus zu stärken im Sinne der im Grundgesetz und der in der angeblich ‹tausendjährigen historischen Verfassung› niedergelegten Richtlinien. Diese Funktion wird in Regierungspublikationen und neurechten Think-Tanks deutlich gemacht. Die Regierung hat die Absicht, eine neue Generation heranzubilden, die als Botschafter*innen nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb Ungarns, weltweit, die neurechte Idee weitertragen. Deshalb werden in bestimmten regierungsnahen Bildungseinrichtungen wie dem Mathias-Corvinus-Collegium (MCC, ebenfalls mit einer Stiftung im Hintergrund), das im Mai 2023 überdies 90 % der Wiener Privatuniversität Modul University Vienna gekauft hat, Studierende außergewöhnlich und komplex gefördert, zum Beispiel durch günstige Studierendenzimmer, kostenfreie Fortbildungskurse und Studienreisen, etwa mit Auslandsstipendien.¹³

Welche Kunst wird seit der Regierungsübernahme be- und gefördert? Gibt es eine neue ungarische Kunst? Oder geht es um die Wiederbelebung historischer Formen und Formate – und wenn ja, welcher?

Seit der Regierungsübernahme wird vor allem eine geschichtsrevisionistische und das Magyarentum heroisierende Kunst gefördert. Ja, auch die Esoterik und die Ariosophie.

Erwähnenswert ist eine weit verbreitete und heute von der Regierung geförderte Architektur, die sich bereits im Realsozialismus bemerkbar machte, unter dem Begriff ‹organische Architektur› bekannt wurde und im Rückgriff auf Rudolf Steiners Anthroposophie regionale Bautraditionen als ‹natürlich› und national erneuert.¹⁴ Die Ideologie der vermeintlich ‹organischen Architektur› kann in den breiteren Rahmen der erwähnten Theosophie eingeordnet werden, in der die Abstammung der Magyaren auf eine primordiale (vorchristliche), höhere, kosmische Weltordnung zurückgeführt und in der auch das Christentum in einen kosmisch-gnostisch-theosophischen Zusammenhang gestellt wird. Die Formensprache dieser Architektur trägt Züge des Neuheidentums. Seit ihrer Gründung 1992 war der Architekt Imre Makovecz der wichtigste ungarische Vertreter der ‹organischen Architektur›, bis zu seinem Tode erster Präsident der seit 2010 regierungsnahen und auch im neuen Grundgesetz erwähnten Ungarischen Akademie der Künste (MMA), der wichtigsten Förderin der völkisch-esoterischen Kunstszene. Sie ist als ‹Gegenakademie› zur von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften 1992 gegründeten Széchenyi Literatur- und Kunstakademie (SZIMA) ins Leben gerufen worden. Das Vorhaben, gegen die ‹internationalistischen› Tendenzen in der Kunst die völkisch-patriotische Ideologie zu stärken, war bereits kurz nach der Wende deklariert worden. Es gibt zwar eine kleine progressive Kunst- und (freie) Theaterszene, die aber für die größere Öffentlichkeit kaum sichtbar ist. Von dieser kann man nur in wenigen Medien, aber vor allem bei Facebook über Freund*innen erfahren. Viele Künstler:innen gehen ins Ausland, weil es kaum noch Institutionen, Mittel, Räume, Ausstellungsmöglichkeiten oder Plattformen für sie gibt.

Welche Rolle spielen das Magyarentum und die behauptete völkische Homogenität für die derzeitige Kunst- und Kulturpolitik?

Die vorgestellte völkische Homogenität als Harmonie spielt in der gegenwärtigen Kunst- und Kulturpolitik eine äußerst große Rolle, gilt doch die Kunst als wichtigste Trägerin *der Idee*. Völkische Kunst und Kultur wirken wie eine diesseitige Religion, die man täglich leben, erleben und sehen und durch die man eine Art erlösende

Befriedigung fühlen kann. Da völkische Homogenität ein (empirisch nicht nachweisbarer) Glaube ist, der seine Identität nur über den Umweg von Feindbildkonstruktionen stärken kann, führt er zu Rassismen und zur Annahme, dass das Volkstum nur dann die eigene Harmonie erleben könne, wenn es von ›den Feinden‹ erlöst werde. In dieser Logik wird die Gesellschaft hierarchisiert und in wertvolle und weniger- oder nicht-wertvolle Menschen aufgeteilt.¹⁵ In den Medien ist menschenfeindliche Hetze gegen die ›Internationalisten‹ und ›Verräter‹ an der Tagesordnung. Bekenntnisse zu «Rasse» und «Nation» werden heute beinahe täglich publiziert, so unlängst vom Fidesz-Mitglied und Journalisten Zsolt Bayer, der ein Zitat aus der Zwischenkriegszeit aktualisierte: «Die Rasse und die Nation sind immer noch erhaben, immer noch selbstlos. Die Kämpfe [gehen] über die unmittelbaren Ziele des Einzelnen hinaus.»¹⁶ Ausgegrenzt wird vor allem im Namen der Kultur und Identität. Die ›Feinde‹ sind dabei austauschbar, ihnen wird ›Kultur- und Identitätslosigkeit‹ zugeschrieben.

Wie schlägt sich die Kulturpolitik in der Gesellschaft nieder? Ist die auf kulturhegemonialen Prinzipien aufgebaute staatliche Kulturpolitik erfolgreich und kann kulturelle Werte vermitteln, die der rechten Politik in die Hände spielen? Oder sind Diskrepanzen zwischen der politischen Agenda und der gesellschaftlichen Rezeption erkennbar?

Die Regierung spricht explizit von einer die magyarische Identität stärkenden Kulturpolitik, die in der Opposition leider kein Thema ist, weil der Begriff allgemein negativ besetzt ist, seitdem er mit der realsozialistischen ›Geschmacksdiktatur‹ assoziiert wird und mit der Sorge, Kunst könne erneut ›ideologisiert‹ werden. Ideologie ist im Ungarischen seit dem Realsozialismus ein derart negativ konnotierter Begriff, dass er sich nicht wertfrei mit ›Ideensystem‹ übersetzen lässt oder ihm mit Methoden wie Ideologiekritik begegnet werden könnte. Der langjährige Minister für Kultur im Realsozialismus György Aczél wird zum Beispiel abschätzig ›Kulturideologe‹ genannt. Kulturpolitik als universitäre, wissenschaftliche Disziplin gibt es in Ungarn nicht. So kann auch keine demokratische Kulturpolitik als Gegengewicht eingesetzt werden. Es gibt zwar künstlerische Projekte, die im Sinne der Vielfalt und des Pluralismus emanzipatorisch wirken, aber sie sind in der absoluten Minderheit und für die größere Öffentlichkeit kaum sichtbar. Politiker*innen, die sich in der Opposition für das Amt der Kultur engagieren, gehen – auch aufgrund der überwundenen kommunistischen Kulturpolitik – davon aus, dass der Staat in Sachen Kultur unter allen Umständen Neutralität bewahren müsse und sich nicht – auch nicht im menschenrechtlich-emanzipatorischen Sinne – einmischen dürfe.

Die staatliche Hetze regierungsnaher Medien und anderer neurechter Organisationen wird durch die Meinungs- und Kunstfreiheit im gesamten kulturellen Bereich geschützt. Die eigentliche Ursache der Hetze, die völkische Ideologie, ist aber in Ungarn mittlerweile allgemein so verbreitet, dass sie nicht hinterfragt beziehungsweise, wenn überhaupt thematisiert, dann nicht ernst genommen wird. Ihre antidemokratische und diversitätsfeindliche, transformierende Wirkung wird jedenfalls – nach meiner jetzigen Einschätzung – nicht erkannt.

Ungarn soll von der EU-Kommission wegen unzureichender Rechtsstaatlichkeit sanktioniert werden. Kulturpolitische Veränderungen spielen dabei keine Rolle, obwohl der Einfluss der Politik auf die Kultur außer

Frage steht. Wird die Macht der nationalistischen Kulturpolitik für die Herausbildung und den Erhalt einer autoritär regierten Demokratie im Rest der EU unterschätzt?

Ja, soweit ich es sehe, wird die transformierende Kraft der autoritären Kultur und der völkisch-identitären Kulturpolitik von den EU-Behörden vollkommen unterschätzt. Die völkische Ideologie trägt dazu bei, eine EU-feindliche alternative Wirklichkeit zu erschaffen, in der das ›Dazu-Gehören‹ nicht – wie in einer politischen Nation – von Gesetzen und Staatsbürgerschaften, sondern vom ›nationalen Glaubensbekenntnis‹ und einer vermeintlichen magyarischen Ahnenlinie entschieden wird. Allerdings sind die Gesetze in Ungarn seit 2010 in eben diesem Sinne umgeschrieben worden. In dieser alternativen, jetzt auch juristisch wirksamen Wirklichkeit erscheint es vielen dann als natürlich, dass das Land von einer Führerpersönlichkeit und nicht von gewählten und abwählbaren Politiker*innen regiert wird. Das Land ist in einer permanenten Identitätskrise, so dass es nicht verwunderlich ist, dass die Esoterik mit dem Glauben an nationale und zugleich kosmische Kräfte so verbreitet ist. Wünschenswert wäre eine allgemein zugängliche und immer wieder aktualisierte demokratiepolitische Bildung nach dem Muster der Bundeszentrale für Politische Bildung, in der auch die demokratische Kultur- und Bildungspolitik thematisiert werden müssten. Die EU-Kommission müsste Kulturpolitik endlich als Teil der Politik begreifen.

Anmerkungen

- 1** Nemzeti Kulturális Tanács alapult a nemzeti kultúra és identitás megőrzéséért és megerősítéséért (Nationaler Kulturrat für die Bewahrung und Stärkung der nationalen Identität gegründet), in: 24.hu, 19.02.2020 (<https://24.hu/kultura/2020/02/19/nemzeti-kulturalis-tanacs-megalakult/>), Zugriff am 28.03.2023.
- 2** 2011. évi CXCV. törvény – a nemzeti köznevelésről (Gesetz 2011 / CXCV zur nationalen Allgemeinbildung), in: Netjogtár (Net-Rechtsregister), <https://net.jogtar.hu/jogszabaly?docid=a1100190.tv>, Zugriff am 28.03.20; Korm. Rendelet: A Nemzeti alaptanterv kiadásáról, bevezetéséről és alkalmazásáról szóló 110/2012. (VI. 4.) Korm. rendelet módosításáról (5/2020 (I. 31.) (Regierungsverordnung zur Änderung der Regierungsverordnung 110 / 2012 (VI. 4.) über die Veröffentlichung, Einführung und Anwendung des nationalen Grundlehrplans [5/2020/I. 31./]), in: Magyar Közlöny (Ungarisches Gesetzesblatt) <https://magyarkozlony.hu/dokumentumok/3288b6548a740b9c8da918a399a0bed1985db0f/leoltoltes>, Zugriff am 28.03.2023; vgl. auch Wilhelm Droste: Lehrpläne in Ungarn. Der neue Kanon, in: Süddeutsche Zeitung, 27.02.2020, <https://www.sueddeutsche.de/kultur/lehrplaene-in-ungarn-der-neue-kanon-1.4823882>, Zugriff am 28.03.2023.
- 3** Zsolt Zétényi (Hg.): Történeti alkotmány. Magyarország ősi alkotmánya (Historische Verfassung. Die Urverfassung Ungarns), Budapest 2010, S. 74.
- 4** Samuel Salzborn: Schleichende Transformation zur Diktatur. Ungarns Abschied von der Demokratie, in: Kritische Justiz. Vierteljahresschrift für Recht und Politik 48, 2015, Nr. 1, S. 71–82, hier S. 74.
- 5** László Trócsányi: Zur konstitutionellen Identität Ungarns, in: Zoltán Szalai / Balázs Orbán (Hg.): Der ungarische Staat. Ein interdisziplinärer Überblick, Wiesbaden 2021 (Staat-Souveränität-Nation. Beiträge zur aktuellen Staatsdiskussion), S. 25–37, hier S. 28.
- 6** Magdalena Marsovszky: Ungarns Regierung erklärt ihre politische Theologie – eine Analyse, in: Zentrum liberale Moderne, libmod.de, 02.07.2021, <https://libmod.de/ungarns-regierung-erklart-politische-theologie-analyse-marsovszky/>, Zugriff am 28.03.2023.
- 7** János Pelle: A Magyar Hiszekegy és a teozófia (Das Magyarische Glaubensbekenntnis und die Theosophie), in: Életünk (Zeitschrift für Literatur und Kunst), 2015, Nr. 10–11, S. 100–120, hier S. 102.
- 8** Ebd.
- 9** Orbán új korszakot és kultúrharcot hirdetett Tusványoson (Orbán verkündete eine neue Epoche und den Kulturkampf in Tusványos), in: Népszava.hu (online Tageszeitung), 28.07.2018, https://nepszava.hu/3003117_orban-uj-korszakot-es-kulturharcot-hirdetett-tusvanyoson, Zugriff am 04.05.2023.
- 10** 2021. évi IX. törvény a közfeladatot ellátó közérdekű vagyonkezelő alapítványokról (Gesetz IX / 2021 über die gemeinnützigen Vermögensstiftungen mit öffentlichen Aufgaben), in: Netjogtár (Net-Rechtsregister), <https://net.jogtar.hu/jogszabaly?docid=a2100009.tv>, Zugriff am 28.03.2023.
- 11** Magyarságkutató Intézet (Institut für Ahnenforschung d. Magyaren): A szkíta birodalom (Das skythische Imperium), in: Youtube, 02.11.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=HSwSX5dl5yg>, Zugriff am 28.03.2023.
- 12** Horogkereszt lett. Maradhat? Sajátos biritóval jelent meg egy etika kézikönyv (Es wurde ein Hakenkreuz. Darf's bleiben? Mit einem eigentümlichen Deckblatt erscheint ein Handbuch zum Ethik-Unterricht), in: hvg.hu, 23.05.2022, https://hvg.hu/elet/20220523_Horogkereszt_tanari_kezikonyv_borito, Zugriff am 28.03.2023.
- 13** Magdalena Marsovszky: Pflege des Magyarentums. Die ungarische Regierung baut rechte akademische Institutionen auf, in: Jungle World 2022, Nr. 40, (<https://jungle.world/artikel/2022/40/pflege-des-magyarentums>), Zugriff am 28.03.2023.
- 14** Anna Maria Eifert-Körnig: Die kompromittierte Moderne. Staatliche Bauproduktion und oppositionelle Tendenzen in der Nachkriegsarchitektur Ungarns, Budapest / Berlin 1994, S. 104.
- 15** Magdalena Marsovszky: Für die „Reinheit des Volkskörpers“. Systemischer Antiziganismus in Ungarn, in: Jamila Adamou / Gudrun Hentges / Mechtild M. Jansen (Hg): Sprache – Macht – Rassismus, 2. aktualisierte Aufl., Berlin 2022, S. 246–269.
- 16** Zsolt Bayer: Ki lóg az ereszen? (Wer hängt am Fallrohr?), in: Magyar Nemzet, 05.12.2020, <https://magyarnemzet.hu/velemeny/ki-log-az-ereszen-9058187/>, Zugriff am 28.03.2023.